

Medienmitteilung,

Zürich, 18. März 2021

SVP weist kommunalen Richtplan Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen zurück

Zurück in die Pfahlbauer-Siedlung Zürich?

Mit dem kommunalen Richtplan Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen (SLÖBA) will der Stadtrat die Stadt Zürich abschotten. Die Vorlage schadet dem Gewerbe, missachtet die Rechte von Privateigentümern und katapultiert Zürich zurück in die Zeit der Pfahlbauer. Die SVP kämpft für einen attraktiven Wirtschafts- und Werkplatz Zürich und eine moderne, attraktive Stadt. Aus diesem Grund lehnt sie den missratenen kommunalen Richtplan ab. Hier muss der Stadtrat dringend noch einmal über die Bücher.

Der revidierte kantonale Richtplan sieht die Stadt Zürich als Schwerpunkt für die Innenentwicklung – d.h. Verdichtung – vor. Dies ist mit Blick auf die ungebremste Zuwanderung und das starke Bevölkerungswachstum mit grossen Herausforderungen verbunden. Doch statt diesen Herausforderungen zu begegnen und Lösungen zu erarbeiten, flüchten die Linken und Grünen vor der Realität. Sie wünschen sich die Stadt Zürich als durchgehende Wohn- und Grünzone und verschanzen sich in einer Traumwelt.

Rückwärtsgewandter SLÖBA missachtet Grundrechte

Die SVP kämpft für eine moderne, offene, attraktive Stadt als Wirtschaftsplatz und Wohnort. Der vorliegende SLÖBA ist mit diesen Zielsetzungen unvereinbar. Statt zielführende Lösungen für den Verkehr zu suchen, wollen die linken Parteien die Verkehrsinfrastruktur abbauen. Automobilisten sind in Zürich generell unerwünscht. Damit würde die Stadt Zürich in direkten Konflikt mit der Verkehrspolitik von Kanton und Bund geraten.

Den Linken ist die wirtschaftliche Zentrumsfunktion von Zürich generell unsympathisch. Es wäre ihnen lieber, die Stadt wäre eine einzige Wohn- und Grünzone. In diesem Zusammenhang schrecken sie selbst von der verfassungswidrigen Einschränkung der Grundrechte nicht zurück. Die freie Wahl der Verkehrsmittel soll nicht mehr gelten. Private Grundeigentümer sollen ihre Gärten öffentlich zugänglich machen. Für den Unterhalt jedoch sollen sie weiterhin selber aufkommen. Von solch absurden Ideen ist der vorliegende Richtplan geprägt.

Praxistauglich und zeitgleich mit Richtplan Verkehr

Mit Blick auf die aktuelle Vorlage ist für die SVP daher klar: Der Stadtrat muss hier noch einmal grundsätzlich über die Bücher. Der präsentierte Ansatz ist schlicht nicht umsetzbar. Die Illusion, dass man Haus- und Grundeigentümer enteignen könnte, wenn sie nicht parieren, wird spätestens vor den zuständigen Gerichten enden.

Die SVP fordert den Stadtrat auf, einen praxistauglichen Richtplan auszuarbeiten, welcher die geltende Rechtsordnung beachtet. Auf Enteignungen ist konsequent zu verzichten. Sodann muss sich der Richtplan auf die realistischen Szenarien des Bevölkerungswachstums ausrichten. Idealerweise geschieht dies – wie ursprünglich vorgesehen – zeitgleich mit dem Richtplan Verkehr. Dass dieser nun aufgrund der umstrittenen Velorouten aus taktischen Gründen bis nach den Gemeinde- und Stadtratswahlen hinausgezögert werden soll, ist inakzeptabel. Die SVP fordert den Stadtrat auf, hier mit offenen Karten zu spielen.

Weitere Auskünfte:

Gemeinderat Stephan Iten
Fraktionschef Roger Bartholdi

Mitglied der Besonderen Kommission SLÖBA/V
Mitglied der Besonderen Kommission SLÖBA/V

079 763 41 62
076 566 00 66